

# Dresdner Volkszeitung

Verlag: Dresden  
Raben & Comp., Nr. 1288

Organ für das werktätige Volk

Herausgeber: Ed. Schmidt, Dresden.  
Redaktion: K. G. Trebbin,  
aus Dresden, K. G. Trebbin,  
Gebrüder Krensch, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Der Inhalt von Erklärungen, Bescheiden, Urteilen, ist es auch über eine Verletzung dieser Vorschriften, hat der Verleger der Dresdner Volkszeitung keinen Anspruch auf Rückzahlung des Bezugspreises oder auf Nachlieferung der Zeitung.

Verkaufspreis mit der halbjährlichen Unterhaltungsgebühr: 1,20 M., halbjährlich 45 M.,  
monatlich 1,50 M. Ausland: 1,80 M. Post- und Transportkosten 1,40 M.  
Telegraphische Adressen: Dresden: 1288

Schriftleitung: Wittenbergstr. 10, Fernsprecher Nr. 5311. Sonntags-  
kürde nur wochenlang von 12 bis 1 Uhr.  
Verlagsleiter: Wittenbergstr. 10, Fernsprecher Nr. 5311 und 1277.  
Verlagskassier: Wittenbergstr. 10, Fernsprecher Nr. 5311.

Abbestellungspreis: Grundpreis: Nr. 30 zum dreifachen Monatspreis  
Nr. 30, die 30 zum dreifachen Monatspreis 200 M. 11. Ausgabe  
Anzeigen: 40 M. und 2,50 M. Familienanzeigen, Stellen- und Ver-  
kaufsanzeigen 40 M. Fernsprecher Nr. 5311, 10 M. Einzelnummern 10 M.

Nr. 195

Dresden, Sonnabend, den 22. August 1931

42. Jahrgang

## Die Zeit drängt!

In einem durch den Soz. Presseklub verbreiteten Aufsatz prüft Genosse Dr. Weiss die Gründe, die die Baseler Sachverständigen zur Ablehnung einer langfristigen Auslandsanleihe an Deutschland bewegen haben. Wahrscheinlich waren vor allem die deutsch-französischen Beziehungen, die, solange sie nicht freundschaftliche Zusammenarbeit ermöglichen, die Kreditneigung des Auslandes erschweren. Nachdem Genosse Weiss auf die von sozialdemokratischer Seite immer wieder betonte Notwendigkeit deutsch-französischer Verständigung hingewiesen hat, fährt er fort:

Man muß nach positiven Verständigungsmöglichkeiten suchen, und da hat vor einigen Tagen die köstliche Zeitung — man weiß nicht recht, ob aus Eigenem oder auf Grund von irgendwelchen amtlichen Informationen — den Gedanken einer Art von Freundschaftsvertrag in die Debatte geworfen, an dem sich außer Deutschland und Frankreich auch England und Italien und vielleicht auch Sowjetrußland beteiligen könnten. Dieser Vertrag sollte sich, seinem Inhalt nach, im wesentlichen an das deutsch-russische Abkommen von 1921 anschließen, in dem festgelegt ist, daß die beiden beteiligten Regierungen, in freundschaftlicher Fühlung miteinander stehend, über alle sie gemeinsam berührenden Fragen politischer und wirtschaftlicher Art eine Verständigung herbeizuführen sollen, und in dem weiter die Beteiligung an einer von dritter Seite ausgehenden, gegen eine von beiden getriebenen Aktion ausdrücklich abgelehnt wird.

An und für sich wäre gegen einen Vertrag solcher oder ähnlicher Art nicht viel einzuwenden. Man könnte höchstens sagen, daß es nicht zweckmäßig sei,

ihn auf die genannten Mächte zu beschränken, oder auch, daß es sich mehr empfiehlt, ihn nur zwischen Deutschland und Frankreich abzuschließen zu lassen.

Über schließlich: gibt es nicht schon genügend Verträge? Wir haben den Völkerbundspakt, wir haben das Karlsruher Abkommen, wir haben Schiedsgerichtsverträge mancher Art. Wenn eine spezielle Abmachung mit Frankreich getroffen worden ist, so doch insbesondere deshalb, weil England eben nicht dem Völkerbund angehört und infolgedessen eine besondere Stellung einnimmt. Wir meinen, daß für die anderen Staaten die vorhandenen Pakte genügen sollten, wenn sie nur ihrem Geist entsprechend angewendet werden. Dabei wir nicht zuletzt an die Bestimmungen über die internationale Einschränkung der Rüstungen denken.

Welche Möglichkeiten aber bleiben dann, um zur Schaffung der von den Baseler Sachverständigen als notwendig bezeichneten Voraussetzungen zu gelangen? Sehen wir von der Notwendigkeit einer Verringerung der politischen Atmosphäre durch ein immer wieder erneuertes freundschaftliches Gesprächsreden und sehen wir von der energischen Arbeit jeder nationalstaatlichen Betätigung und Befundung ab, so muß der Weg zu einer politischen Veruhigung über eine allgemeine wirtschaftliche Verständigung führen. Soweit wir wissen, ist das auch die Überzeugung der Staatsmänner in Berlin und Paris, die sich bemühen, für den Besuch der französischen Minister in der deutschen Hauptstadt eine Art von Katalog gemeinsam in Angriff zu nehmen der wirtschaftlichen Fragen auszuarbeiten. Woran daran im einzelnen gedacht wird, wissen wir nicht, aber in der französischen Presse ist die Rede von einer

Beteiligung französischen Kapitals an deutschen Unternehmungen, von einer Mitwirkung deutscher Unternehmungen bei der Bewirtschaftung der französischen Kolonien, von gemeinsam auszuführenden öffentlichen Arbeiten, von Kombinationen in der See- und Luftschifffahrt usw.

Wir legen uns auf keinen dieser Programmpunkte fest und behalten uns jegliche Stellungnahme für den Augenblick vor, wo die Ideen greifbarere Gestalt annehmen. Aber zweifellos würde es von Vorteil sein, wenn man mit einer Diskussion dieser Probleme den Anfang machte.

Allerdings bleibt unter allen Umständen noch ein großes Hindernis übrig, und das ist die Reparationsfrage. Der Baseler Bericht führt sie gesondert neben den politischen Faktoren auf. Aber die politische Verständigung ist ohne ihre Lösung nicht denkbar. Und hier können sich einseitigen die Schwierigkeiten. Die Sachverständigen weisen mit Recht auf die Folgen der Kapitalfliehleistungen hin, die mit den Reparationen in Zusammenhang stehen. Aber in Paris hat man die Hoffnung, auch auf diesem Gebiet keine Zeit zu verlieren, wenig freundlich aufgenommen, und in Amerika, von dessen Schuldennachlaß so viel abhängt, scheint ein schnelles Handeln ebensowenig Bereitschaft vorhanden zu sein. Bei diesem Punkte aber liegt die Entscheidung. Frankreich und Amerika müssen sich klar darüber sein, daß Deutschland nach Ablauf des Hoover-Jahres die Zahlungen im dem alten Umfang nicht mehr aufnehmen kann. Das für die deutsche und für die Weltwirtschaft notwendige Vertrauen ist aber nicht herzustellen, solange das System der internationalen Stromleitung durch politische Eintritte gefährdet ist. Diese Erkenntnis muß sich bald durchsetzen. Denn auch für sie gilt der warnende Ruf des Baseler Berichts: „Es ist keine Zeit zu verlieren.“

## Gepfefferte Abfrage an die Hitler-Partei

# Unfähig und würdelos...

Bernichtendes Urteil über die Nazi-Partei von einem, der sie kennt!

Wieder einmal bescheinigt einer, der die Nazis an leitender Stelle kennengelernt hat, wie unfähig die Hitler-Partei ist. Der juristische Referent im Münchener Brauhaus Dr. Freiherr von Red, hat seinen Austritt aus der NSDAP. erklärt. Er begründet diesen Schritt in einem Schreiben an Hitler, das vom gegnerischen Väterlichen Kurier, dem Hauptorgan der Väterlichen Volks-Partei, mit großem Belagen veröffentlicht wird. Wir entnehmen daraus folgendes:

„Einem Schritt des Generals Ritter von Epp folgend, bin ich im Jahre 1928 der NSDAP. als Mitglied beigetreten. Eine kurze Tätigkeit als juristischer Referent bei der Reichsleitung der Partei und der Obersten SA-Führung im Brauhaus hat indes genügt, mich von der geistigen und moralischen Unzulänglichkeit eines wildgewachsenen Führerhauses zu überzeugen. Diese Männer, die sich dem Ausland würdelos anbieten (Mussolini — Deutsch-Österrich, Lord Rothermere und Herby — Kriegsschuldfrage), aber den eigenen Volksgenossen gegenüber die Gewaltmethoden eines Clemenceau anwenden, sind weder willens noch fähig, eine Volksgemeinschaft zu begründen und ein Reich von wahrhaft deutschen Wesen zu errichten.“

Das ist nicht die erste Abfrage dieser Art, aber sie bekommt besonderes Gewicht durch den, der sie erteilt. Dr. Freiherr von Red ist Kriegsteilnehmer und früherer Offizier, er hat durch längere Tätigkeit in der Kanzlei des bekannten Nationalwirts Frank II. und als Referent in der Reichsleitung der Partei genauen Einblick in die internen Parteiverhältnisse gewonnen. Die Nazi-Partei wird den unbequemen Anklagen jetzt natürlich mit den üblichen Verleumdungsmethoden abzuschütteln suchen. Das ändert aber nichts daran, daß Red's Urteil besonders ins Gewicht fällt!

Innerhalb des politischen nicht sehr begabten deutschen Volkes ist manches möglich, aber daß diese Bande von Hofbedienten, Stellenjägern, moralisch degenerierten und Demagogen die Führung des Staates in die Hand nehmen kann, halten wir schon nach den Thüringer und Braunschweiger Proben für ausgeschlossen. Die NSDAP. wird höchstens ein gelber Trost der Reaktion und eine Prätorianergarde des Kapitalismus bleiben, und der Tag dürfte nicht fern sein, da es jenen irreführenden, wie geborenen Arbeitern, die heute noch den Hitler-Demagogen nachlaufen, wie Schuppen von den Augen fällt.

## Hilfsaktion für die Gemeinden gefordert

Entscheidung des Kommunalpolitischen Landesausschusses der SPD. Sachsen

Der Kommunalpolitische Landesausschuß der Sozialdemokratischen Partei Sachsens hat zur Lage in den sächsischen Gemeinden eingehend Stellung genommen. Er erklärt, daß die Mißachtung der schon öfter hobenen Finanz- und Steuerpolitischen Forderungen der Sozialdemokratie, die zur Gründung der Kommunalpolitik aufgestellt worden sind, die Katastrophe erzeugt hat, vor der viele sächsische Gemeinden jetzt stehen. Die Droffnung der Gemeindeeinnahmen durch die Dezentralverordnungen, vor allem der Realsteuer und der Mietzinssteuer, die Verminderung der Ausgaben der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung auf Kosten der Gemeinden, ohne daß in der Richtung des Antrags der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion eine Neuverteilung der Gesamtlasten der Erwerbslosenfürsorge auf Reich, Länder und Gemeinden erfolgte, haben in Verbindung mit der Wirtschaftskrise, den dadurch bedingten Steueranfällen und der Droffnung des kommunalen Kreditwesens

eine für die Kommunalpolitiker ausweglose Situation geschaffen.

Der Kommunalpolitische Landesausschuß weist in letzter Stunde auf den ganzen Ernst der Lage in den sächsischen Gemeinden hin. Die Unterhaltungen sind bereits rigoros droffelt worden, ohne daß dadurch der Notlage der Gemeinden fühlbar abgeholfen wurde. Wegen der Verzögerung der sächsischen Regierung über die „Sicherung der Haushaltsführung der Gemeinden“ vom 15. Juli 1931, die die Grundlage für die Kürzung der Unterhaltungen bildet, muß entschieden protestiert werden. Ebenso gegen die Reichsnotverordnung vom 15. Juni 1931, auf die die Maßnahmen der sächsischen Regierung gestützt sind.

Wenn keine Hilfe erfolgt, stehen die Gemeinden unmittelfar vor der Tatsache, daß sie die Unterhaltungen nicht mehr zahlen können. Sie konnten sich bereits in der letzten Zeit nur durch Finanzmaßnahmen helfen, die zum Teil keine gesetzliche Grundlage mehr haben.

Die Zahl der Wohlfahrtsdienstlosen

ist in Sachsen die höchste von allen deutschen Ländern und liegt dementsprechend mit 26,5 auf 1000 Einwohner auch weit über dem Reichsdurchschnitt, der 16,46 auf 1000 Einwohner beträgt. Mit einer bloßen Anerkennung der besonders großen Notlage Sachsens durch einzelne Reichsstellen, worauf aber keine helfende Tat folgte, ist nichts getan. Sofortige

Hilfe ist nötig, wenn nicht unübersehbare politische Folgen entstehen sollen.

Der Kommunalpolitische Landesausschuß der SPD. Sachsens fordert daher für die Gemeinden unverzüglich eine wirksame Hilfsaktion, insbesondere für die sächsischen Gemeinden. Diese Forderung ist in erster Linie an das Reich gerichtet.

Das letzte Sanierungsprogramm des Deutschen Städtetages ist als unwirksam und unsozial abzulehnen.

Die Juni-Notverordnung der Regierung Brüning und die August-Notverordnung zur Droffnung der Gemeindegeldern müssen aufgehoben oder grundlegend geändert werden, den Gemeinden müssen vom Reich außerordentliche Mittel zugewendet und die Gemeinden müssen endlich von den Erwerbslosenlasten befreit werden.

Schärfstens muß protestiert werden gegen die Reichsnotverordnung vom 5. August 1931, durch die den Spar- und Girokassen verboten wird, Kredite an die Gemeinden zu geben. Das Reich muß Vorkehrungen treffen, um die Kreditlage der Gemeinden zu sichern. Diese Forderung ist um so dringender, als die Gemeinden durch die Droffnung der Kredite unter Führung des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht auf den Weg der Aufnahme kurzfristiger und hochverzinslicher Anleihen gezwungen worden sind.

Der Kommunalpolitische Landesausschuß ist sich bewußt, daß die kommunalpolitischen Probleme endgültig nur im Rahmen der Gesamtheit der Fragen gelöst werden können, die außen- und innerpolitisch heute noch der Lösung bedürfen. Deshalb muß außenpolitisch

der schärfste Kampf für eine Politik der Verständigung geführt werden, um die Voraussetzungen zur Erreichung langfristiger Kreditkassen zu schaffen. Die deutsche Innenpolitik muß von den privategoistischen Bindungen befreit werden, die sie jetzt belasten. Im Rahmen dieser allgemeinen Notwendigkeiten muß aber die besondere Aktion zur sofortigen Hilfe für die Gemeinden stehen.

Für den Fall, daß der Hilferuf der sächsischen Gemeinden ungehört verhallt, müssen die sozialdemokratischen Kommunalpolitiker Sachsens die Verantwortung für die unausbleiblichen Folgen ablehnen.

Kommunalpolitischer Landesausschuß der SPD. Sachsen

Seite 11  
Prof eite  
95  
RKT  
für  
esse  
haft  
chte!  
1.-an  
übel,  
erkante  
Gruberg  
ausen  
Mensch  
chellestr.  
ausfeld?  
hrr  
Qualität  
länder,  
trauen!  
iswahl!  
Werke  
schaft  
I. Sa.  
G  
rzen  
Sie  
sich  
preis-  
lassen  
jeden  
leute  
Hilfen  
g 58  
hn  
ider  
ber-  
leit.  
Ge-  
rik:  
7  
at-